



Deutschland 2026 – eine Standortbestimmung

Beschlusspapier der Klausurtagung des Vorstands
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Berlin-Schöneberg, 27. und 28. April 2026



1 Die Welt ist im Wandel. Eine Logik der Großmächte kehrt immer mehr zurück. Tiefgrei-
 2 fende geopolitische Umbrüche lassen alte Gewissheiten schwinden. Macht und Interes-
 3 sen treten zunehmend an die Stelle von Regeln und Kooperation. Unsere Abhängigkeiten
 4 werden als politisches Druckmittel gegen uns eingesetzt, wirtschaftliche Verflechtungen
 5 verlieren ihre stabilisierende Wirkung. Die Kriege in Europa und im Nahen Osten dauern
 6 an. Ihre Folgen reichen längst in unseren Alltag in Deutschland und Europa hinein – bis
 7 an die Zapfsäule, in Betriebe und Familien, in die Urlaubsplanung.

8 Das bisherige „Geschäftsmodell Deutschland“ funktioniert nicht mehr wie bisher. In der
 9 Sicherheitspolitik können wir uns nicht länger vorrangig auf die USA als Schutzmacht
 10 verlassen. Wir müssen als Nation und vor allem gemeinsam in Europa souveräner und
 11 stärker werden. Die transatlantische Partnerschaft bleibt wichtig, kann aber nicht mehr
 12 als tragende Säule unserer Sicherheit allein dienen. Die frühere Energiepartnerschaft mit
 13 Russland ist durch dessen Angriff auf die Ukraine und den seit mehr als vier Jahren an-
 14 dauernden Krieg endgültig beendet. Und China ist längst nicht mehr primär Absatzmarkt
 15 für deutsche Exportprodukte, sondern ein systemischer wirtschaftlicher Wettbewerber
 16 und politischer Rivale. Partnerschaftliche Beziehungen können nur noch dort bestehen,
 17 wo sie klar unseren Interessen dienen. Eine handlungsfähige Europäische Union ist dabei
 18 unsere Lebensversicherung, um das neue Geschäftsmodell zu entwickeln – basierend auf
 19 Technologie, neuen Partnerschaften in der Welt und Verhandlungen auf Augenhöhe.

20 Die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache: Wir haben in den zurückliegenden Jahr-
 21 zehnten in Deutschland und Europa sehr deutlich an Wettbewerbsfähigkeit verloren. Zwi-
 22 schen 1993 und 2022 ist das Pro-Kopf-BIP in den USA um fast 60 Prozent gestiegen,
 23 während der Anstieg in Europa bei weniger als 30 Prozent lag. Dadurch geraten wir unter
 24 Druck und stehen vor einer grundlegenden Richtungsentscheidung: Wir können unseren
 25 relativen Bedeutungsverlust verwalten – oder den Willen zur Selbststärkung entwickeln,
 26 der notwendig ist, um unsere Interessen behaupten zu können. Die Ausgangslage
 27 Deutschlands macht Mut: Noch sind wir die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt. Noch
 28 sind wir fiskalische Schutzmacht. Noch haben wir Marktmacht in Europa und dem größ-
 29 ten Binnenmarkt der Welt. Als größter EU-Mitgliedstaat trägt Deutschland die Verantwor-
 30 tung, unser Europa im globalen Wettbewerb zu stärken.

31 **Der Politikwechsel hat begonnen:**

32 „Aus Verantwortung für Deutschland“ sind wir in diese Koalition gegangen. Erste Verän-
 33 derungen haben wir schnell angestoßen, erste Reformen auf den Weg gebracht. Für uns
 34 als CDU/CSU-Bundestagfraktion ist dabei zentral: **Wachstum schaffen, Sicherheit stär-
 35 ken und Gerechtigkeit erneuern.** So bringen wir Deutschland voran. In weniger als ei-
 36 nem Jahr haben wir im Deutschen Bundestag bereits 141 Gesetze beschlossen.

37 **1. Wettbewerbsfähigkeit stärken. Wachstum schaffen.**

38 Wachstum ist nicht alles, aber ohne Wachstum ist alles nichts. Wachstum ist die Voraus-
 39 setzung für gute Löhne und Renten, für angemessen ausgestattete Schulen, für Straße
 40 und Schiene, innere und äußere Sicherheit und nicht zuletzt auch soziale Absicherung.
 41 Wir können uns die Schulden, die wir machen, nur leisten, wenn wir gleichzeitig die Vo-
 42 raussetzungen für langfristiges Wachstum schaffen. Die fiskalische Solidität ist ein zent-
 43 raler Standortvorteil Deutschlands. Damit reduzieren wir auch bei zukünftig

44 gleichbleibendem Schuldenstand unsere Schuldenquote. Schließlich ist Deutschland
45 auch der finanzpolitische Stabilitätsanker der Eurozone und fungiert als Maßstab in Eu-
46 ropa. Wir werden daher die Attraktivität des Standortes Deutschland und unsere Produk-
47 tivität steigern – mit besseren Rahmenbedingungen und Strukturreformen, von denen
48 der gesamte Wirtschaftsstandort profitiert, auch Handwerk und Mittelstand. Erste wich-
49 tige Schritte sind wir dafür bereits gegangen. Dazu gehören unter anderem die **Senkung**
50 **der Unternehmenssteuern**, der **Investitionsbooster**, die **mittelstandsfreundliche Be-**
51 **schleunigung der öffentlichen Beschaffung**, die **Abschaffung der Sicherheitsbeauf-**
52 **tragten für kleine Unternehmen** sowie eine Vielzahl an Maßnahmen zur **Senkung der**
53 **Energiepreise** (u.a. Senkung der Netzentgelte, Abschaffung der Gasspeicherumlage,
54 Senkung der Stromsteuer für das produzierende Gewerbe, Einführung Industriestrom-
55 preis, zweimonatige Senkung der Energiesteuer auf Diesel und Benzin um 17 Cent). Für
56 die Landwirtschaft wird der Diesel wieder günstiger. Sie erhält seit 2026 wieder die voll-
57 ständige Rückerstattung für den Agrardiesel. Wir entlasten Verbraucher und Wirtschaft
58 auch mit der Erhöhung der Pendlerpauschale, der dauerhaften Senkung der Umsatz-
59 steuer für Speisen in der Gastronomie von 19 auf sieben Prozent oder der Erhöhung der
60 Ehrenamtszuschale.

61 Ebenso stehen das **Prinzip der Technologieoffenheit** – etwa mit der Möglichkeit der
62 **Anwendung von CCS** (Kohlendioxid-Speicherungsgesetz) und **CCU** (Rahmen für Anwen-
63 dung, Transport und Offshore-Speicherung), dem neuen Heizungsgesetz sowie mit dem
64 Ende des Verbrenner-Verbots, der Beschleunigung von Wasserstoffinfrastruktur und Ge-
65 othermieprojekten – sowie eine an **wirtschaftlichen Interessen ausgerichtete Han-**
66 **delspolitik** (EU-Investitionsschutzabkommen mit Singapur und Vietnam sowie Wirt-
67 schaftspartnerschaftsabkommen mit afrikanischen Staaten ratifiziert; um Abschluss des
68 EU-Mercosur Abkommens geworben und auf das vorläufige Inkrafttreten ab 1. Mai 2026
69 hingewirkt; Verhandlungen zu Freihandelsabkommen mit Indien, Indonesien sowie mit
70 Australien abgeschlossen) exemplarisch für eine grundsätzlich andere Wirtschaftspolitik
71 – einen echten Politikwechsel.

72 Auch in anderen Politikbereichen sind wir neue Wege gegangen: Das neu geschaffene
73 Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung steht für spürbare Fort-
74 schritte auf dem Weg zu einem schnelleren, digitaleren und handlungsfähigeren
75 Deutschland. Mit der „Modernisierungsagenda des Bundes“ und durch die „Föderale Mo-
76 dernisierungsagenda“ liegen erstmals verbindliche Fahrpläne für einen moderneren
77 Staat vor: Weniger Zettelwirtschaft und mehr Realwirtschaft durch spürbaren Bürokratie-
78 rückbau, schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren, eine leistungsfähige digitale
79 Infrastruktur mit gemeinsamen Standards („Deutschland-Stack“). Durch Künstliche Intel-
80 ligenz in der Verwaltung und durch eine Positionierung des Staates als Ankerkunde stär-
81 ken wir unsere digitale Souveränität und den Wirtschaftsstandort Deutschland. Mit der
82 High-Tech-Agenda setzen wir auf die Schlüsselindustrien der Zukunft, zum Beispiel bei
83 der Fusionsenergie, dem Quantencomputing, Künstlicher Intelligenz, Biotechnologie
84 oder in der Raumfahrttechnologie.

85 2. Investitionen in die Sicherheit und Infrastruktur unseres Landes

86 Die Bürger erwarten zu Recht, dass ihr Alltag funktioniert. Darum investieren wir mit dem
87 Sondervermögen **Infrastruktur und Klimaneutralität** massiv in die Infrastruktur des

88 Landes: in Brücken, Straßen, Schienen. Mit einem Anteil von 100 Mrd. Euro stärken wir
 89 außerdem Länder und Kommunen. Insgesamt stellen wir für 2025 und 2026 Rekordin-
 90 vestitionsmittel von 115,7 Mrd. Euro bzw. 126,7 Mrd. Euro zur Verfügung. Die kritische
 91 Überwachung der korrekten Mittelverwendung im SVIK wird von uns aber weiterhin sehr
 92 ernst genommen. Wir werden weiter daran arbeiten, einen möglichst hohen Anteil der
 93 Haushaltsmittel im Kernhaushalt für Investitionen zu verwenden.

94 **Wir stärken unsere äußere Sicherheit.** Dafür stellen wir so viele finanzielle Mittel zur
 95 Verfügung wie lange nicht mehr. Diese Ausgaben sind kein Selbstzweck. Sie dienen der
 96 Sicherheit unseres Landes, Europas und der **Verteidigung unserer Freiheit**. Deutschland
 97 muss sich verteidigen können, damit es sich nicht verteidigen muss. Verteidigungsaus-
 98 gaben sind ab ein Prozent des BIP nicht mehr von der Schuldenbremse erfasst. Wir haben
 99 den neuen Wehrdienst eingeführt. Der Nationale Sicherheitsrat wurde geschaffen. Das
 100 Planungs- und Beschaffungsbeschleunigungsgesetz der Bundeswehr wurde beschlossen,
 101 damit die Bundeswehr schneller ertüchtigt werden kann.

102 **Wir stärken unsere innere Sicherheit.** Die Sicherheit unseres Landes hängt auch von
 103 der Frage ab, ob wir wissen, wer zu uns kommt. Wir setzen auf eine konsequente **Be-**
 104 **kämpfung illegaler Migration**. Mit Erfolg: Die Asylbewerberzahlen gehen deutlich zu-
 105 rück. Die Asyl-Erstanträge in Deutschland sind im Jahr 2025 im Vergleich zu 2024 um
 106 51 Prozent rückläufig, um 66 Prozent im Vergleich zum Jahr 2023. **Zu diesem Erfolg**
 107 **tragen verschiedene Maßnahmen bei:** Grenzkontrollen mit Zurückweisungen, die Aus-
 108 setzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzbedürftige und freiwilliger Aufnahme-
 109 programme bis 2027, die Beendigung der „Turbo-Einbürgerung“, die Beschleunigung der
 110 Verfahren zur Bestimmung sicherer Herkunftsstaaten und die Reform des Gemeinsamen
 111 Europäischen Asylsystems.

112 Das alles macht klar: im Bereich der äußeren und inneren Sicherheit gibt es eine grund-
 113 sätzlich andere Politik – einen Politikwechsel.

114 **3. Arbeitsanreize schaffen – Gerechtigkeit erneuern**

115 Die sozialen Sicherungssysteme sind eine wichtige Errungenschaft unseres Landes und
 116 sichern den sozialen Frieden. Aber sie sind zu komplex, unübersichtlich und teilweise
 117 ineffizient und zu teuer. Wir sorgen für mehr Gerechtigkeit und werden insbesondere
 118 durch die dauerhafte Vermittlung von arbeitslosen Menschen in gute Beschäftigung Ein-
 119 sparungen erzielen. Wir haben das Bürgergeld abgeschafft und eine neue Grundsiche-
 120 rung eingeführt. Diejenigen, die arbeiten können, wollen wir dauerhaft in Beschäftigung
 121 bringen. Künftig hat die Vermittlung eines Arbeitsplatzes wieder Priorität. Wer Termine
 122 bei der Jobvermittlung nicht einhält oder zumutbare Arbeit nicht annimmt, erhält keine
 123 Leistungen. Härtefälle werden berücksichtigt. Es gilt der Grundsatz „Fördern und For-
 124 dern“. Auf Grundlage der vorliegenden Ergebnisse der Sozialstaatskommission gehen wir
 125 in diesem Jahr auch den zweiten Schritt zur sog. **Grundsicherung II**, um bspw. die Hin-
 126 zuverdienstgrenzen anders auszugestalten.

127 Mit dem **Rentenpaket I** sind wir gemeinsam mit der SPD einen entschiedenen ersten
 128 Schritt gegangen, um die Altersvorsorge zu modernisieren und insgesamt auf breitere
 129 Beine zu stellen. Zu dem Paket, das verschiedene Gesetze umfasst, gehören die Aktiv-
 130 rente: mit der Arbeitsanreize gestärkt werden und mit der für diejenigen, die über die

131 Regelaltersgrenze hinaus weiterarbeiten, ein bis zu 2.000 Euro/Monat steuerfreier, sozi-
 132 alversicherungspflichtiger Hinzuverdienst möglich geworden ist. Dazu haben wir auch
 133 das sog. Anschluss- oder Vorbeschäftigungsverbot abgeschafft; die steuerlich geförderte
 134 private Altersvorsorge („Riester-Rente“) mit Fokus auf die Chancen des Kapitalmarkts
 135 (Einführung eines Altersvorsorgedepots) und unter erstmaligem Einbezug aller Selbst-
 136 ständigen reformiert; die Haltelinie von 48 Prozent; die Mütterrente III: Mit ihr sorgen wir
 137 für mehr Gerechtigkeit, indem wir ab dem 1. Januar 2027 die Gleichstellung bei der An-
 138 erkennung von Kindererziehungszeiten für Mütter (und Väter) von vor 1992 geborenen
 139 Kindern geregelt haben; die Betriebsrente: Wir haben sie gestärkt mit dem Ziel, ihre Ver-
 140 breitung, besonders in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sowie bei Geringver-
 141 dienern, zu erhöhen und die Vorsorge bürokratieärmer zu gestalten; die Frühstartrente:
 142 Mit dieser führen wir Kinder und Jugendliche an den Kapitalmarkt heran und bereiten
 143 das Startkapital für ihre private Altersvorsorge vor.

144 Für ein sog. Rentenpaket II erarbeitet die Rentenkommission bis zum Juni 2026 Vor-
 145 schläge für eine Stabilisierung der Beitragsätze und ein gutes Gesamtversorgungsniveau
 146 über alle drei Säulen der Altersvorsorge. Das Rentenpaket II ist bis spätestens Ende Ok-
 147 tober 2026 im Deutschen Bundestag zu beschließen.

148 Dies macht klar: im Bereich der Sozialsysteme und für mehr Leistungsgerechtigkeit sind
 149 wir neue Wege gegangen. Die Einführung der neuen Grundsicherung, der Aktivrente und
 150 der Vorarbeiten zur Frühstartrente stellen eine grundsätzlich andere Politik dar – einen
 151 Politikwechsel.

152 Den Politikwechsel weiter vorantreiben

153 Deutschland ist seit Jahren wirtschaftlich nicht mehr gewachsen, Deutschland und die
 154 Deutschen sind ärmer geworden. Weiteren Stillstand können wir uns nicht erlauben. Der
 155 Politikwechsel in der Wirtschafts- und Sozialpolitik braucht mutige Strukturreformen. Für
 156 uns als Unionsfraktion ist klar: Wachstum ist die Achse, um die sich alles andere dreht.
 157 Wachstum ist die Voraussetzung einer soliden Haushaltspolitik, einer starken Sozialpolitik
 158 und selbstbewussten Außen- und Europapolitik. Hier braucht es mehr Tempo und kon-
 159 krete Reformanstrengungen noch in den nächsten Monaten.

160 Bei diesen Reformvorhaben führen uns **folgende Leitprinzipien:**

- 161 • Die Wirtschaftspolitik muss sich klar auf nachhaltiges Wirtschaftswachstum fo-
 162 kussieren. Die Wettbewerbsfähigkeit und volle Innovationskraft der deutschen
 163 Wirtschaft – vom Handwerksbetrieb, über Mittelstand bis hin zum Industriebe-
 164 trieb - müssen wieder hergestellt werden. Alles, was diesen Zielen schadet, sollte
 165 unterbleiben. Insbesondere die zu starke Steuer- und Abgabenlast, die im inter-
 166 nationalen Vergleich zu hohen Energiepreise und eine nach wie vor ausufernde,
 167 oft europäisch veranlasste Bürokratie müssen angegangen werden. Dabei wollen
 168 wir auf den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft eine angebotsorientierte Po-
 169 litik vorantreiben. Der Politikwechsel muss im Betriebsalltag von Industrie, Mit-
 170 telstand und Handwerk ankommen. Denn wer Arbeitsplätze schafft, ausbildet
 171 und investiert, übernimmt Verantwortung und hat unser Vertrauen.

- 172 • Die Sozialsysteme wie unser Renten- und Gesundheitssystem sind so zu reformieren, dass die Sozialabgaben kurzfristig stabilisiert werden und mittelfristig wieder auf unter 40 Prozent sinken. Grundsätzlich dürfen die Ausgaben auch in den Sozialversicherungen nicht stärker steigen als die Einnahmen. Diesem Prinzip verschafft die aktuell diskutierte Gesundheitsreform endlich wieder Geltung.
- 173
- 174
- 175
- 176
- 177 • Wachstum muss ohne immer mehr Schulden gelingen. Weder darf die Belastung der jüngeren Generationen weiter zunehmen, noch dürfen wir die finanzielle Stabilität unseres Landes weiter gefährden.
- 178
- 179
- 180 • Es braucht tragfähige Staatsfinanzen. Der Bundeshaushalt steht weiterhin unter einem hohen Konsolidierungsdruck. Um diesen Konsolidierungsbedarf zu leisten, braucht es eine umfassende Aufgaben- und Ausgabenkritik der öffentlichen Hand. Auch beim Bundeshaushalt gilt: Die Ausgaben müssen an die Einnahmen angepasst werden – nicht umgekehrt.
- 181
- 182
- 183
- 184
- 185 • Leistung und Arbeit müssen sich lohnen. Das bedeutet: Anreize für Arbeit und Mehrarbeit konsequent stärken, Fachkräfte anwerben, Anreize für Abwanderung und Einwanderung in die Sozialsysteme spürbar reduzieren.
- 186
- 187
- 188 Zur konkreten Umsetzung werden wir in den kommenden Wochen zunächst folgende Schritte gehen:
- 189
- 190 • Die Verabschiedung der vorgelegten Reformvorschläge für die GKV-Finanzen im Bundeskabinett und abschließende Beratungen im Deutschen Bundestag bis Anfang Juli. Unser grundsätzliches Ziel ist, dass der Bundeshaushalt die Kosten für die Bürgergeldempfänger trägt. Dafür braucht es nun einen Einstieg.
- 191
- 192
- 193
- 194 • Aufstellung des Bundeshaushalts für 2027 verbunden mit einer Einkommensteuerreform, die niedrige und mittlere Einkommen sowie Betriebe entlastet und zum 01. Januar 2027 in Kraft tritt. Eine Gegenfinanzierung muss vor allem durch weitere Einsparungen im Bundeshaushalt, etwa durch pauschale Kürzungen von Finanzhilfen, erbracht werden.
- 195
- 196
- 197
- 198
- 199 • Im Juni folgen die Reformvorschläge der Rentenkommission, auf deren Grundlage die Reformgesetze zur Rente erarbeitet werden. Eine politische Einigung in der Koalition über die umzusetzenden Maßnahmen sollte bis zum Beginn der parlamentarischen Sommerpause erfolgen.
- 200
- 201
- 202
- 203 • Eine umfassende Reform des Energiesystems werden wir umsetzen, damit dieses sicher, bezahlbar und kosteneffizient bleibt. Wir werden den Ausbau der erneuerbaren Energien stärker systemisch einbinden und den Zubau gesicherter Leistung, insbesondere von Gaskraftwerken, fördern.
- 204
- 205
- 206